

# Freiberger Anzeiger

und Tageblatt

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortliche Leitung: Georg Burthardt.

N<sup>o</sup> 294.

Erscheint jeden Wochentag Abends 1/6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mt. 25 Pfg. zweimonatlich 1 Mt. 50 Pfg. u. einmonatlich 75 Pfg.

51. Jahrgang.

Dienstag, den 20. Dezember.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen. Preis für die Spaltzeile 13 Pfg. Außerhalb des Landgerichtsbezirks 15 Pfg.

1898.

Auf Folium 876 des Handelsregisters für die Stadt Freiberg, die in Liquidation befindliche Aktiengesellschaft **Rudenthal-Papierfabrik zu Freiberg**, betreffend, wurde heute verlautbart, daß die Bezeichnung der Liquidationsfirma durch zwei der bestellten vier Liquidatoren erfolgt.

Freiberg, am 17. Dezember 1898.  
Reg. V 819/98.

**Königliches Amtsgericht.**  
Bretschneider. Schurig.

## Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Schnitt- und Fußwarenhändlers **Eugen Georg Wagner in Niederobritzsch** wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Freiberg, am 17. Dezember 1898.

**Königliches Amtsgericht, Abth. I.**  
Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber:  
Schr. Nicolai.

K. 4/98. No. 57.

## Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Stellmachermeisters, jetzigen Eisengießereiarbeiters **Oswald Clemens Stein in Kleinschirma** wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Freiberg, den 17. Dezember 1898.

**Königliches Amtsgericht, Abth. I.**  
Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber:  
Schr. Nicolai.

K. 20/97. No. 86.

## Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Hutmachermeisters **Otto Bernhard Uhlmann in Freiberg** ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf

den 13. Januar 1899, Vormittags 10 Uhr, vor dem königlichen Amtsgerichte hier selbst, Zimmer No. 88, bestimmt.

Freiberg, den 17. Dezember 1898.

**Schr. Nicolai,**  
Gerichtsschreiber beim königl. Amtsgerichte, Abth. I.

K. 6/98. No. 48.

## Politische Umschau.

Freiberg, den 19. Dezember.

Aus Paris, 14. Dezember, wird der „Köln. Zeit.“ geschrieben: Es ist schon lange her, daß die Auslassung eines Deutschen Staatsmannes hier einen so günstigen Eindruck hervorgerufen hat, wie die Reichstagsrede des Herrn v. Bülow. Dabei handelt es sich weniger um den Inhalt dieser Rede — er wird hier und da bekräftigt — als um deren glückliche Form. Die Franzosen atmen darüber auf; es ist ihnen, als ob die deutsche Politik sich damit der Welt und ihnen gegenüber ein wohlwollend freundliches Gesicht aufsetzen wolle. Immer noch können sie in ihrem Geiste Deutschland nicht von der Figur des Fürsten Bismarck trennen, der mit einer Donnerstimme zu ihnen zu sprechen schien. Weder der beschwichtigende Ton des Grafen Caprivi noch die akademisch-glatte Art Baron Marschalls haben dieses Gefühl zu verwischen vermocht. Nun aber tritt, anscheinend an einem Wendepunkt in den Geschicken Europas, ein deutscher Staatssekretär auf und zerstreut mit humoristischen Wendungen das Grauen, das sich der Gemüther wegen der düstern Zukunft zu bemächtigen drohte; er sagt das Spinnwebeneuere und verwidelter Bündnisse von den Augen weg, wendet sich verbindlich und in einer, wie der Gaulois sagt, für die Franzosen höflichen und liebenswürdigen Weise an die Welt und stellt das Vertrauen in die Gegenwart und die Freude am Dasein wieder her. Herr v. Bülow, der verschiedene Jahre hier als Botschaftsrath wirkte, kennt offenbar seine Franzosen; er weiß, daß von allen ihren Monarchen ihnen der liebste der Bearner Heinrich IV. war, und zwar wegen seines Humors und seiner guten Laune. Es herrscht, wie gesagt, hier über die entgegenkommende Form der Rede nur eine Stimme. Ihr Inhalt freilich wird verschiedenartig beurteilt; die einen glauben, er rufe die Hand Chamberlains mitkamm dem englischen Bündnis zurück, während andere darin eine Ablehnung des neuerdings auf journalistischem Wege angebahnten französisch-deutschen Einvernehmens sehen wollen. Es verlohnt sich kaum, darüber zu grübeln, da Deutschland am Dreibunde festhält. Dagegen muß hervorgehoben werden, daß in der Frage des orientalischen Schutzverhältnisses Frankreich sich der Ansicht Deutschlands anbequemt. So ziemlich alle großen Blätter finden es selbstverständlich, wenn Deutschland sich das Recht nicht nehmen läßt, seine eigenen Unterthanen zu beschützen, mögen sie katholisch oder protestantisch sein. Insofern also hätten die deutsch-französischen Beziehungen einen wesentlichen Fortschritt zu verzeichnen. Inzwischen, wie sich auch die Kritik des Inhaltes gestalten mag, vorläufig ist, was die unmittlere und bleibende Wirkung betrifft, die Form die Hauptsache. Deutschland besitzt jetzt einen Staatssekretär des Aeußern, der den Franzosen gefällt; er ist, wie augenblicklich der Ausdruck heißt, der Mann, und das ist für die zukünftige Behandlung aufsteigender Fragen von der größten Wichtigkeit.

Die zehntägige Frist, innerhalb welcher Wahlanfechtungen gegen die Mandate der Reichstagsabgeordneten zulässig sind, ist abgelaufen. Es sind im Ganzen 76 Proteste eingegangen, außerdem sind von den Abteilungen vier Wahlen für zweifelhaft erklärt worden, so daß im Ganzen der Wahlprüfungskommission 80 Wahlen zur Prüfung überwiesen sind. (Zu der vorigen Legislaturperiode waren es 100.)

Die Nordb. Allg. Ztg. schreibt in offiziellem Druck: Einige Organe der freisinnigen und sozialdemokratischen Presse beschäftigen sich mit einem angeblich in Aussicht stehenden neuen Flottenplan. Wir sind in der Lage, auf das Bestimmteste festzustellen,

daß an keiner Stelle die Vorlage eines neuen Flottenplanes ohne eine Abänderung des Flottengesetzes beabsichtigt wird. An der ganzen Sache ist kein wahres Wort.

Zwischen dem Centrum und dem päpstlichen Staatssekretariat herrscht augenblicklich nicht das beste Verhältnis. Die Ursache der Differenz bildet das traditionelle Protektorat Frankreichs über die katholischen Anstalten — nicht die katholischen Bürger der verschiedenen Staaten — im Orient, das von dem Kardinalstaatssekretär Rampolla verteidigt wird, während der römisch-katholische Patriarch in Jerusalem Monsignor Biagi und das deutsche Centrum dagegen sind. In Centrumskreisen wird behauptet, die Franzosen hätten die katholischen Interessen aus Liebe zu Rußland vernachlässigt und verrathen. Die Centrumskredner haben sich daher im Reichstage scharf gegen das französische Protektorat ausgesprochen, während im Vatikan der Wunsch zu herrschen scheint, die katholischen Schulen, Hospitäler u. s. w. möchten unter demselben bleiben. Die päpstlich-pallobisjische Voce della Verita hat sich daher schon dieser Tage polemisch gegen die Centrumspartei geäußert; über eine erneute Auslassung dieses Blattes wird telegraphisch gemeldet: Rom, 17. Dezember. Mit Bezug auf die Erklärungen der Abgeordneten Fréhen und Lieber im Reichstage bestätigt die Voce della Verita die Annahme, daß die Wendung, in welcher das französische Protektorat als eine „personale“ bezeichnet wird, den Vatikan getränkt habe. Das Blatt weist dabei auf den bekannten Brief an den Kardinal Langenieux, sowie auf die Ansprache an die französischen Pilger hin. Was die Erklärung Liebers angeht, daß die deutschen Katholiken sich nichts bieten lassen werden, was man anderen Katholiken nicht zu bieten wagen würde, sagt die Voce della Verita, wenn Lieber damit Zumuthungen des Vatikan meine, so würde sie ihn ermahnen, ehrenvolle Abbitte zu leisten.

Die „Deutsche Tagesztg.“ schreibt: Mit der angeblichen Niederlage des Bundes der Landwirthe im Reichstage beschäftigen sich die gegnerischen Blätter immer noch. Das kann man verstehen, wenn man in Erwägung zieht, daß die meisten von ihnen schon verurtheilt hatten, daß die Interpellationen vollkommen unter den Tisch gefallen seien, als sie wohl oder übel die Nachricht wiedergeben mußten, daß die erste bereits eingebracht sei und die andern ihr s. B. folgen würden. Sie suchen sich nun dadurch schadlos zu halten, daß sie die Meldung verbreiten, der Versuch, eine wirtschaftliche Vereinigung im Reichstage zu schaffen, sei gescheitert. Auch in diesem Falle werden sie dieselbe bittere Enttäuschung erfahren. Die wirtschaftliche Vereinigung wird nach den Reichstagsferien sicher gegründet werden. Daß die Gründung bisher nicht erfolgt ist, war lediglich dadurch veranlaßt, daß man möglichst alle Parteien heranziehen wollte, die für den Schutz der nationalen Arbeit einzutreten gewillt sind. Daß dies Ziel erreicht werde, darf heute noch gehofft werden. Die gegnerischen Blätter werden aber sicher in wenigen Wochen wieder in der Lage sein, sich selbst zu berichtigen, indem sie die Gründung der wirtschaftlichen Vereinigung ihren Lesern mittheilen müssen. — Das „Leipz. Tagebl.“ scheint das unabwiesbare Bedürfnis zu haben, dem Abgeordneten Dr. Dertel etwas am Zeuge zu fassen. Es stellt die Sache so dar, als habe er durch seine Unterzeichnung der Interpellation sich in einen Gegenfuß zur konservativen Fraktion gestellt, der er doch angehört. Das liebe „Leipz. Tageblatt“ mag sich beruhigen. Der Abgeordnete Dr. Dertel (Sachsen) hat allerdings, und zwar im Vereine mit fast allen anwesenden Parteigenossen, die eingebrachte Interpellation unterschrieben, die bekanntlich von der

konservativen Fraktion zu der ihren gemacht worden war. Er hat ebenso die beiden andern noch nicht eingebrachten Interpellationen unterschrieben, befindet sich aber auch in diesem Falle in der recht angenehmen Gesellschaft sehr vieler konservativer, freikonservativer und auch national liberaler Abgeordneter. (Von 48 Mitgliedern der national liberalen Fraktion haben 87 unterzeichnet.) Die konservative Fraktion hat die beiden andern Interpellationen durchaus nicht unter den Tisch fallen lassen, sondern es ist ausdrücklich und wiederholt in ihr betont worden, daß die Einbringung binnen kurzem erfolgen und nicht auf ewige Zeiten vertagt werden solle. Wir freuen uns, die Besorgnisse des „Leipz. Tageblattes“ grünlich zerstreuen zu können, möchten aber das Blatt dringend mahnen, seinem Berichterstatter etwas schärfer auf die Finger zu setzen. Es ist längst bekannt, daß die drei Interpellationen, bevor sie im Reichstage eingebracht wurden, nicht nur von 5, sondern von 60—70 Abgeordneten unterzeichnet waren.

Der konservative Antrag, der die Veröffentlichung von geheimen Aktenstücken unter Strafe stellen will, findet natürlich in der Presse, die aus der Veröffentlichung solcher Aktenstücke ein Gewerbe macht, keinen Beifall. Es giebt ja eine ganze Anzahl von Blättern, deren einzige Bedeutung, in Ermangelung jedes andern hervorragenden innern Werths, darin besteht, daß sie vermöge ihrer bedeutenden Geldmittel und ihrer unklaren Beziehungen in der Lage sind, diese oder jenen Erlaß, dieses oder jenes Gesetz einen halben Tag eher zu veröffentlichen als andere. Die sind selbstverständlich mit dem Antrage nicht einverstanden, weil einmal die ungetreuen Beamten doch etwas abgeschreckt werden, und weil zweitens die Erwerbung der Aktenstücke um den Betrag der Geldstrafe oder der Haftstrafe des Sigredakteurs vertheuert wird. Eins dieser Blätter hat in seiner geschäftsmäßigen Findigkeit gleich den Ausweg entdeckt, daß die ungetreuen Beamten die Aktenstücke ins Ausland verschleusen würden, und kein Mensch die inländischen Zeitungen hindern könnte, das im Auslande Veröffentlichte nachzubringen. Daß die Beamten, die Aktenstücke ins Ausland verschleusen, ebenso strafbar sind, ist selbstverständlich. Es muß aber vielleicht noch in dem Paragraphen, den der Antrag einführen will, besonders hervorgehoben werden, daß auch der Nachdruck solcher widerrechtlich veröffentlichten geheimen Aktenstücke strafbar ist.

Aus München wird gemeldet, daß das dritte bayerische Armee-corps bereits zum 1. April des kommenden Jahres errichtet werden soll. Der Sitz des neuen Generalkommandos wird Nürnberg sein.

Der Bimetallistenbund war Freitag Abend 6 Uhr im Reichstagsgebäude unter dem Vorsitz des Reichstags- und Landtagsabgeordneten von Kardorff zusammengetreten und hat eingehende Beratungen gepflogen. Das Ergebnis derselben ist im Wesentlichen in der Fassung einer Resolution zu erblicken. In derselben wird erklärt, daß der gegenwärtig so hohe Reichsbankdiskont eine Folge der Goldwährung und der Goldknappheit sei, daß unsere Bankpolitik zum Schutze der Goldbestände eine verfehlte und unwirksame sei, und daß man suchen müßte, nach Analogie der Politik von Frankreich die Baarbestände zu schützen. Ferner wurde konstatiert, daß die Bestrebungen, die auf die Verstaatlichung der Reichsbank gerichtet sind, mit der Währungsfrage nichts zu thun haben, und daß in den Kreisen der Bimetallisten die Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Verstaatlichung der Reichsbank sehr getheilt sind.

Zu dem erwähnten B i s e n f a l l an der deutsch-französisch-luxemburgischen Grenze wird noch aus Deutsch-Itz berichtet.